



# Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schilderstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 51.

Berlin, den 17. März 1918.

12. Jahrgang.

## Regierungssozialistische Götterdämmerung.

Berlin, den 12. März 1918.

### Nach 70 Jahren.

Bis zum Jahre 1914 betrachtete sich die alte Sozialdemokratie Deutschlands als die einzig würdige Erbin der März kämpfer von 1848. Heute, nach 70 Jahren, hat die Partei, die sich noch immer „sozialdemokratisch“ nennt, dieses Erbe schmachvoll verraten und sie wird selbst keinen Wert mehr darauf legen, mit den wüsten Volkshewiki der März tage in eine Ideenverbindung gebracht zu werden. Das Jahr 1848 war die reichlich späte Antwort der Völker auf den Wiener Kongreß und die heilige Allianz. Heute, nach 70 Jahren, ist der Geist des Wiener Kongresses in Brest-Litowsk wieder lebendig geworden.

Und zu alledem geben Männer, die sich Sozialisten und Demokraten nennen, trotz mancher verlegenen Bann und Aber ihren Segen! Ja, sie brüsten sich damit noch denen gegenüber, die diesen Verrat am Sozialismus und der Demokratie nicht mitmachen können.

Wir wollen für heute nur einige Gedanken aus einer März betrachtung aufgreifen und erweitern, die unser Wiener Genosse Max Adler vor zwei Jahren schrieb und die in den Märztagen des Jahres 1918 doppelte Beachtung verdienen.

Auch der unvergeßliche Völkerfrühling von 1848 war ein großes Völkerringen. Auch das war ein blutiger, schmerzvoller und opferreicher Kampf; die März ereignisse in Berlin, die Oktoberkämpfe in Wien, die Schlachtfelder in Ungarn ließen die Opfer des kurzen Freiheitsstraums der Völker zu Zehntausenden anwachsen. Aber geschlagen, besiegt, im Blute seiner Besten erstickt auf dem Kampffelde und erwürgt auf dem Schaffot, bleibt der Freiheitskampf des Jahres 1848 eines der mächtigsten Ereignisse der Geschichte, und, ob er gleich nur ein bürgerlicher Kampf war, eine der stolzeften Erinnerungen des Proletariats. Seinesgleichen hat jener Freiheitskampf vor 70 Jahren nur in der großen russischen Revolution unserer Tage, die sich in dieser Märzwoche jährt und deren Schicksal noch nicht abgeschlossen ist. Aber es sind nicht zuletzt die Sünden des deutschen Regierungssozialismus, die auf dem Kreuzesweg der russischen Revolution immer neue Leidensstationen errichtet haben.

Und wie gering, um nicht zu sagen gar nichts, waren die schließlichen Errungenschaften der Freiheitsbewegung von 1848! Und doch erlebten schon die Zeitgenossen diesen Kampf überall als einen Völkerfrühling, als einen Gewinn für das Bewußtsein von Mündigkeit und Selbstständigkeit der Völker, kurz, als einen kraftvollen und zielbewußten Schritt der Menschheitsentwicklung überhaupt.

Aber die Sakaienrolle, die der Regierungssozialismus im Hofstaate des Imperialismus spielt, wird mehr und mehr vom Proletariat erkannt und verabscheut werden. Ja, manchem in seinen eigenen Reihen graut vor den Konsequenzen der Bedientenhaftigkeit seiner Partei. Das Proletariat darf sich nicht mehr durch die rabulistische regierungssozialistische Theorie täuschen lassen.

Im Völkerkampf von 1848 erglühten die Völker, weil sie ein jedes für sich und doch alle für einander sich der Not entringen wollten, die sie alle zusammen empfanden, der Not der Unfreiheit und Unterdrückung.

### Ein Eingeständnis

#### regierungssozialistischer Ohnmacht.

Wir sagten oben, daß jetzt manchem Regierungssozialisten graue vor den Konsequenzen der Sakaiendienste, die seine Partei dem Imperialis-

mus erweist. Hier der Stoßfeger einer solchen gequälten Seele. Herr Wendel, dem allerdings schon aus seinen mazedonischen Auseinandersetzungen mit dem bulgarischen Gesandten Rizow hätte klar sein sollen, was der tiefere Sinn und Zweck dieses Krieges ist, schreibt in der „Frankfurter Volksstimme“ u. a.:

„Die sozialdemokratische Fraktion mußte (nach dem 4. August 1914) bei der Bewilligung weiterer Kriegskredite mehr als einmal in einen sauren Apfel beißen, da aus der stets deutungsfähigen Haltung der deutschen Staatslenker sich nie klar erkennen ließ, ob die Regierung wirklich einem solchen Frieden geneigt war. Aber sie erlahmte nicht in ihrer Friedensarbeit, und im hellen Licht jenes Julitages im vergangenen Jahre erschien die vielgerühmte Friedensresolution als ein großer und schöner Erfolg dieser unermüdbaren Tätigkeit. Aber Herr Michaelis sagte, als er sich zu diesen Lichtpunkten bekennen sollte, hinzu: „Wie ich sie auffasse!“, und Herr v. Herling, der mit der Lehre des Ignatius von Loyola veriraunter ist als sein frommer Protestant und Vorgänger, dachte vielleicht bei der gleichen Gelegenheit das gleiche. Sonst wären die Enttäuschungen eigentlich unerklärlich, die dann für uns gekommen sind, am 27. Dezember 1917 in Brest-Litowsk und an vielen Tagen danach.

Die jüngsten Ereignisse aber bedeuten — Hand aufs Herz und aussprechen, was ist — die vollkommene Katastrophe der sozialdemokratischen Friedenspolitik.

Nach diesem Frieden mit Rußland, den die Petersburger Unterhändler mit abgewandtem Gesicht und geschlossenen Augen unterschrieben haben, nach diesem Frieden mit Rumänien, der einem Zusammenbrechen mit der Haut an der Kehle abgepreßt wird, was bleibt da noch von all den blumigen Lebensarten wie Verständigungsfrieden und Selbstbestimmungsrecht, Abzählung und Völkerverbund mehr übrig als ein wenig Schall und Rauch! Wir wollen den demokratischen, den für alle Teile ehrenvollen, den Verständigungsfrieden, der Dauer versprochen und ein ruhiges Neben- und Miteinanderleben der Völker verbürgte. Wir haben den reaktionären, den die Gegner grimms verlegenden, den Gewaltpflichten, der eigentlich nur ein Waffenstillstand zwischen zwei Schlachten ist und neuen Kämpfungen, neuen Kriegen die Bahn bereitet. Die Machtpolitik triumphiert, die Vaterlandspartei flucht, Graf Reventlow ist oben auf — wir stehen vor einem Scherbenhaufen!

Die Folgerungen liegen auf der Hand!

Allerdings gibt es Leute, die nicht sehen wollen. Die Friedensresolution vom 19. Juli ist heute gerade soviel wert, daß wir ein Papierstückchen daraus machen und zuziehen können, wie es munter im Wasser der Hoffe davonschwimmt. Aber Herr Erzberger — ahnungsloser Engel! — versichert mit ernster Miene, der Frieden im Osten liege im Rahmen der Friedensresolution, und es geschieht ihm schon ganz recht, daß ihn die „Deutsche Tageszeitung“ ob dieser echten oder gespielten Naivität weidlich verhöhnt, denn Ernsthaftes läßt sich dazu schlechterdings nichts sagen. Aber es gibt auch Leute, die glauben, die Schwerden doch noch fittig zu können. So weist der „Vorwärts“ der Sozialdemokratie die Aufgabe zu, wie es scheint, im Gefüge der Reichstagsmehrheit den Kampf dagegen aufzunehmen, „daß Deutschland die neuen Nachbarkstaaten bevormundet oder in irgendeiner Form als Unterworfenen behandelt“ und aus dem Frieden „herauszuholen, was sich nur irgendwie an Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmungsrecht herausholen läßt“. Aber nur an dem die Ereignisse der letzten Wochen spurlos vorübergegangen sind, kann in solchem Beginnen nicht vergebliche Liebesmüh sehen. Wenn es der deutschen Regierung mit dem Selbstbestimmungsrecht der Däniker ernst wäre, hätte sie den Frieden mit Rußland billiger, einfacher und schneller haben können. Und wenn sie damals, als der Friedensschluß dadurch gefährdet werden konnte, für ein wirkliches Selbstbestimmungsrecht nicht zu haben war, so wird sie sich heute noch weniger darauf festlegen lassen, da sie den Friedensvertrag schwarz auf weiß in der Tasche hat.

Bleibt also nur als Grund für die Sozialdemokratie, die Mehrheitspolitik fürder mitzumachen, der Abscheu davor, das bisherige Einfluß auf den Gang der Dinge zu verlieren, das man durch seine Haltung erlangen zu haben wähnte. „Wir wollen uns nicht auswechseln lassen!“, wie das A und O des Freisinn in der Zeit des seltsamen Bülowblocks lautete.

Aber ist es mit diesem Einfluß der Sozialdemokratie wirklich soweit her? Sind wir in der Tat in die politische Maschinerie „eingeschaltet“? Wer offenen Auges die letzten dreieinhalb Jahre überblickt, findet die Antwort von selbst. Im großen, in den wichtigen, den entscheidenden Fragen der Nation heißt es hier mit Heinrich Heine:

Worte, Wortel keine Taten!  
Niemals Fleisch, Geliebte Puppe,  
Immer Geist und keinen Braten,  
Keine Knödel in der Suppe!

Im kleinen dagegen, in nebensächlichen, in untergeordneten Fragen ist manches erreicht worden, was früher vergeblich angestrebt wurde. Aber sollen wir um dieser Kleinigkeiten willen Kriegskredite bewilligen, damit deutsche Regimenter in Finnland — glorreiche Aufgabe! — die Revolution niederschlagen können? Sollen wir um ein solches Einseitigkeit unsere Ehre, unsere Seele und unsere Zukunft verschauern?

Sollen wir — doch pathetisch zu sein, hat keinen Zweck. Vielleicht ist es in einem politisch so unglücklich entwickelten Lande eine tiefe Tragik jeder oppositionellen Partei, daß sie sich nach dem ewigen und unwandelbaren Sternen zu ihren Häupten richtet und dann in absehbarer Zeit auf irdische Erfolge verzichten muß, oder aber daß sie ihre Ideale und Prinzipien rein säuberlich in den Glasstrahl stellt und zwar kleine, aber sichtbare, zwar bescheidene, aber augenblickliche Erfolge einheimt. Vielleicht ist ein drittes auf lange hinaus undenkbar. Und vielleicht ist die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse mit einer fortschrittlichen Reformpartei zufrieden, die für die unmittelbaren Butterbroitinteressen der breiten Massen redlich und eifrig sorgt, und alles darüber hinaus lediglich als dekorativen Schnörkel eine noch von der Hand in den Mund lebenden Augenblickspolitik ansieht. Vielleicht wünscht die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse die Umwandlung der sozialdemokratischen Partei in eine Arbeiterpartei. Wenn dem so ist — es läßt sich heute schwer feststellen —, tut die Partei gut daran, sich Grundsätze hin, Grundsätze her, vor allem nicht „auszuschalten“ zu lassen. Wenn sie aber Wert darauf legt, die alte Sozialdemokratie zu bleiben, geht es so nicht mehr länger. Diese Kriegspolitik kann die Partei nicht mehr mitmachen. Diesem Frieden vermag sie nicht zuzustimmen! Neue Kriegskredite darf sie nicht bewilligen.

Wenn doch, so sei sie ehrlich, nehme ihr jetziges Aushängeschild herunter und lasse die alte Firma in den Registern der Geschichte löschen!

Herr Wendel bestätigt also damit all das, was wir seit Jahr und Tag in diesen Blättern dem Regierungssozialismus vorgeworfen haben. Darum sagt die „Leipziger Volkszeitung“ auch mit Recht:

„Hier wird aus dem Munde eines strammen Mehrheitsmannes an unumwundenen Bankrott des Regierungssozialismus festgestellt und damit gleichzeitig die Politik der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei glänzend gerechtfertigt. Wir können über diese Tatsache keine Freude empfinden, denn diese Politik hat die Arbeiterbewegung zerschlagen, hat die Arbeiterschaft zu großen Teilen ihrer Aktionsfähigkeit beraubt. Wir können ruhig annehmen, daß neben Wendel noch manche andere regierungssozialistische Reichstagsabgeordnete sind, die sich über den Bankrott der Politik ihrer Fraktion im Klaren sind; welche Konsequenzen werden sie daraus ziehen? Aus dem letzten Abschnitt des Wendelschen Artikels klingt müde Resignation; so spricht nicht einer, dem der Kampf Lebenselement ist, die gleiche Mündigkeit wird wohl auch die meisten seiner Gesinnungsgenossen befallen haben. Und so werden wir wahrscheinlich erleben, daß trotz der aus diesem Artikel sprechenden Erkenntnis zwar nicht die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse, wohl aber die Mehrheit der regierungssozialistischen Fraktion weiter von der Hand in den Mund zu leben wünscht, auch fernerhin



kein anderes politisches Ziel kennt, als unter dem Aushängeschild einer sozialdemokratischen Partei die Geschäfte des Imperialismus, der Bourgeoisie, der Reaktion zu besorgen. . . .

Die Politik der Regierungssozialisten hat dahin geführt, daß weite Kreise der Arbeiterschaft Deutschlands Resignation und Teilnahmslosigkeit zeigen; an deren Stimmung denkt wohl Wendel, wenn er an die Zukunft einer wirklich sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland fast verzweifelt. Wir aber leben! Und in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei wird sich alles sammeln, was lebenskräftig in der deutschen Arbeiterschaft ist und trotz aller trüben Erfahrungen in der Gegenwart den Glauben an die Zukunft nicht verloren hat. Die Regierungssozialisten stehen vor einem Scherbenhaufen, sie müssen den Bankrott ihrer Kriegspolitik öffentlich anmelden. Die Politik der Unabhängigen Sozialdemokratie wird dadurch glänzend gerechtfertigt; was zuerst die Opposition in der alten Partei vorausgesagt, was nach dem Hinauswurf der Opposition die Unabhängige Sozialdemokratie ausgeführt hat, das hat durch die Erfahrungen des Krieges seine volle Rechtfertigung gefunden.

Mit tausend Widerwärtigkeiten haben die zu rechnen, die den Sozialismus nicht zu einem Kriegsgeschäft herabwürdigen wollen; Haß und Bosheit verfolgen uns nicht nur von den Feinden der Arbeiterschaft, sondern auch aus den Reihen derer, die sich früher unsere Klassengenossen nannten. Aber für uns gilt noch die alte Losung: Trotz alledem! Statt müden Verzichts zu zeigen, rufen wir mit Hutten: Ich hab's gewagt:

Herzu, wer Mannesherzen hat,  
Gebt fürder nit den Lügen Statt,  
damit sie han verkehrt die Welt."

### Kreditverweigerung in Oesterreich.

Die österreichischen Genossen haben für den Staat gestimmt, weil sie dadurch allein verhindern konnten, daß das Parlament vergewaltigt und ausgeschaltet wurde. Das ist ein politisch ausreichender Grund und steht natürlich nicht im entferntesten auf einer Stufe mit der für die Regierungspolitik vertrauensvollen Budgetannahme der deutschen Regierungssozialisten.

Die österreichischen Genossen haben aber zugleich die geforderten Kriegskredite abgelehnt. Hierzu sagte im Abgeordnetenhaus der Abg. Genosse Dr. Viktor Adler, die deutsch-österreichische Sozialdemokratie könne nicht für die Kriegskredite stimmen, weil sie keine Lust habe, politisch oder moralisch irgendeine entfernte Verantwortung für diesen Krieg zu übernehmen!

Unsere Scheidemann haben immer vornehmlich ihre Kreditbewilligungen bedeuteten keine Übernahme einer Verantwortung. Hier werden sie jetzt auch von dem Senior der österreichischen Genossen eines anderen belehrt.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ gab zu obiger Ablehnung noch folgende Erläuterung der beiden betr. Paragraphen:

„Der eine Paragraph will die Regierung ermächtigen, Mittel für den Krieg (gemeinsame Angelegenheiten) beizustellen; dagegen stimmen wir! Wir stellen dem Krieg keinen Heller mehr bei!

Der andere Paragraph will dem Kriege neue Zufuhren bringen; dagegen stimmen wir! Von uns bekommt der Krieg nichts, gar nichts!

Wir stimmen für die Kriegskredite, wie deutlich gesagt, in gar keinem Falle!

Für Kriegskredite können wir nicht, wollen wir nicht und werden wir nicht stimmen.“

So treiben's die „Vaterlandsverräter“ in Oesterreich! —

### Fraktion Drehschreiber.

Wie weiland der geniale Rückzugsstrategie General Kuropatkin, tritt das Mitglied des sogenannten sozialdemokratischen Parteivorstandes Otto Braun einen „Rückzug in voller Ordnung“ an. Sein „diderichbarer Trennungstrieb“, den er zwischen sich und den Bolschewiki just in dem Augenblicke zog, wo die bolschewistischen Unterhändler sich weigerten, ihrem Friedensprogramm unterzuwerfen, hat selbst in Kreisen die der Mehrheitspartei freundlich gesinnt sind, ein so peinliches Aufsehen erregt, daß Herr Braun nicht umhin konnte, sich noch einmal über denselben Gegenstand zu äußern. Er tat es mit der Geschicklichkeit und Ehrlichkeit, an die wir in den Jahren des inneren Parteikampfes bei ihm gewohnt sind.

Der beste Beweis dafür ist die plumpe Verchiebung des eigentlichen Streitpunktes auf ein anderes Gebiet. Zweck und Ziel seines ersten Artikels war die Abwälzung der Schuld an dem Scheitern der Brest-Litowsker Verhandlungen auf die Bolschewiki. Dieser offensichtlich mit Zustimmung des Parteivorstandes unternommene Schritt sollte der Reichstagsfraktion die Hände freimachen und sie von der Ausführung ihres Beschlusses vom 7. Januar entbinden, „jedem Mißbrauch des Selbstbestimmungsrechtes mit Entscheidung entgegenzutreten“. Die kläglich geminte Entlastung über die „Gewaltmethoden“ der bisher angehimelten Bolschewiki diente nur als Kulisse für diesen diplomatischen Schwachsinn, der die

Judaspolitik der Reichstagsfraktion vorbereitete und es Scheidemann möglich machte, wie Pontius Pilatus seine Hände in Unschuld zu waschen.

Auf diesen Haupt- und Kernpunkt seiner Aktion geht Herr Braun mit keinem Worte ein. Er redet vielmehr an der Kulisse, an den „Gewaltmethoden“ herum und erklärt nochmals — da bekanntlich der Parteivorstand und insbesondere Herr Braun niemals die Minderheit vergewaltigt und gebütelt haben — die bolschewistische Herrschaft in Acht und Bann. Und um seiner Moralpredigt einen gewissen Rückhalt zu geben, verweist er sich hinter einem Protestschreiben des Genossen Axelrod in der „Humanität“ vom 17. Februar.

Dieses Manöver des Herrn Braun muß in der schärfsten Weise gebrandmarkt und zurückgewiesen werden. Herr Braun hat nicht das geringste Recht, sich des Genossen Axelrod als Kronzeugen für seine politischen Schleichhandelsgeschäfte zu bedienen. Genosse Axelrod steht als Vertreter der Menschewiki-Partei auf einem grundsätzlich anderen Standpunkt als die zurzeit herrschenden Bolschewiki. Er bekämpft — wie es die Bolschewiki bis zum November gegenüber seiner Partei taten — die bolschewistische Politik, die er als Verderb für die Revolution betrachtet. Deshalb veröffentlicht er in seinem Stockholmer Organ „Les Echo de Russie“ schon am 1. Januar jenen (nicht von ihm, sondern vom Zentralkomitee der Menschewiki-Partei herrührenden) „Appell an die Internationale“, den jetzt Herr Braun für seine unsauberen Zwecke mißbraucht.

Zu derselben Zeit, wo dieser Appell in die Welt hinausging, feierten die Mitglieder des Parteivorstandes die Bolschewiki in öffentlichen Versammlungen; die Redakteure der Mehrheitspresse schrieben sich die Finger wund, um die „konsequenten Revolutionäre“ in Rußland zu pfeifen; Stampfer schrieb, es wäre „so unmärkisch wie möglich . . . der russischen Revo-



## Arbeiter! Arbeiterinnen! Gedenkt der Familien der Inhaftierten u. Verurteilten!

Laßt die Frauen und Kinder nicht der  
Armenpflege anheimfallen!

Bewahrt sie vor der äußersten Not!



lution die Regeln unseres Katechismus vorzuschreiben“, und Lensch, der unermüdlige Warden der Revolution, die er auf den Epochen der deutschen Vajonette in die Welt hinausgetragen sieht, sollte den Bolschewiki das höchste Lob, indem er schrieb, „gerade dadurch, daß sie dem Prinzip der Revolution treu blieben wurden sie, die es nicht wollten, an die Seite Deutchlands getrieben, das in diesem Kriege das Prinzip der Revolution vertritt“.

Lang, lang ist es her! Jetzt, nachdem sich ein unüberbrückbarer Gegenab herausgestellt hat zwischen dem Prinzip der Revolution, wie es ist, und jenem das die deutsche Diplomatie in Brest-Litowsk vertrat, ist es natürlich so „marxistisch wie möglich“ den Bolschewiki den „Katechismus“ der Renegaten aus der Lindenstraße vorzuschreiben. Nicht jenen „Katechismus“, den sie im Kampfe gegen die Unabhängige Sozialdemokratie anwenden — dieser könnte sich auch im zaristischen Rußland sehen lassen —, sondern jenen, der der Drehschreiberpolitik der Braun und Konforten entspricht.

### Galwer & Co.

Dieser Tage wurde man daran erinnert, daß es einen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Galwer gegeben hat. Er vertrat seinerzeit einen braunschweigischen Kreis, hat sich aber im Jahre 1900 in der Partei unmöglich gemacht, indem er auf dem Parteitag eine Resolution gegen die Schutzpolitik vorlegte, in seinem Referat aber die Schutzpolitik befürwortete. Bebel und Rosa Luxemburg traten ihm damals scharf entgegen.

Als Galwer in der Partei unmöglich war, wurde er Vieblind bei den Gewerkschaftsführern. Zum Dank dafür trieb es Galwer schließlich so weit, daß er jetzt sogar gegen den vermeintlichen Radikalismus der Generalkommission der Gewerkschaften protestiert. Do schreibt nun der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ unterm 21. Februar 1918:

„Galwer ist mit seiner Rechtsentwicklung da angelangt, wo es kein Entschuldigen und kein Bemänteln mehr gibt: er hat sich vollständig der kapitalistischen Seilschlebre verschrieben. Auf dem Ernährungsgebiet ist Galwer längst zum Kronzeugen für die Großagrarier und Kriegsgewinner aller Art geworden.“

Diese Einsicht über Herrn Galwer kommt bei den Gewerkschaftsführern zu einer Zeit, wo sie ihm selbst sehr ähnlich geworden sind. Wie vor kurzem der regierungsozialistische Reichstagsabg. Davidsohn sich in der Zeitschrift des Arbeiter-Abstinenzbundes grundsätzlich für indirekte Steuern, namentlich solche auf Genussmittel, insbesondere auf alkoholische Getränke, aussprach, so hat das Gewerkschaftsblatt der Bildhauer einen Auffass für indirekte Steuern auf Luxusartikel gebracht. Der Weiß Galwers lebt bei den

Regierungssozialisten und Gewerkschaftsführern fort; sie haben also keine Ursache, sich über ihn zu entrüsten, sie mühten sich zugleich über sich selbst zu entrüsten.

Nun hat zwar die Generalkommission der Gewerkschaften ein Programm entworfen, in dem sie „Abbau der Bölle auf Industrie- und Agrarprodukte, Beseitigung der indirekten Steuern, Einfuhrerschwerungen und Ausfuhrprämien“ wünscht. Dieses Programm wird jedoch von Emil Kloth, dem Vorsitzenden des Buchbinderverbandes, in den „Sozialistischen Monatsheften“ vom 19. Februar 1918 arg zersaut. Kloth wendet sich gegen das Freihändlertum. Freihandel oder Schutzoll ist ihm auch keine Zweckmäßigkeitsfrage, die in jedem einzelnen Falle zu prüfen ist. Für ihn ist es einfach selbstverständlich, daß Bölle notwendig sind. Er schreibt u. a.:

„Nun ist es freilich wahr, daß auch diejenigen Gewerkschaftler, die sich von der Notwendigkeit bestimmter Industriezölle, zum mindesten solcher, die ihrer besonderen Industrie zugute kommen, bereits überzeugt haben, sich gegen die Agrarzölle noch immer sträuben, und zwar deshalb, weil sie sich der Landwirtschaft gegenüber als reine Konsumenten fühlen. Doch ist diese Stellungnahme nicht aufrechtzuerhalten. Gerade vom Arbeiterstandpunkt aus und auf Grund des vorliegenden gewerkschaftlichen Programms, das alle seine Wohltaten doch auch der ländlichen Arbeiterschaft will zugute kommen lassen. Geschlecht das aber, so dürfte damit doch auch eine Verteuerung der ländlichen Produktionskosten verbunden sein, wie das zumelst auch bei wesentlichen Verbesserungen der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft in der Industrie der Fall ist; dafür erbringen die Preissteigerungen für Industrieartikel, die unter Verursachung auf die höheren Löhne nach erfolgreicher Lohnbewegungen erfolgen, des öfteren den Beweis. Und es zeigt sich auch, daß die beteiligten Arbeiter nichts dagegen einzuwenden haben, daß sie dies sogar in aller Öffentlichkeit unterstützen. Was aber der Industrie recht ist, ist der Landwirtschaft billig. Es bedarf keiner längeren Ausführung, wie sehr der Krieg uns gelehrt hat, welche Lebensnotwendigkeit eine leistungsfähige Landwirtschaft für das deutsche Volk ist. Sie auf ihrer Höhe zu erhalten und zu weiterer Vervollkommnung zu bringen, liegt gerade auch im Interesse der Industrie- und Arbeiter-Partei. Sind dazu Schutzzölle erforderlich (und die Erfahrungen namentlich in der Caprioli-Periode lassen daran kaum einen Zweifel), so dürfen wir auch vor diesen, lediglich einer überdies umhüllten Vorteilmeinung zuliebe, nicht zurückschrecken. Die Gewerkschaften hätten also besser daran getan, die Fiktion ihrer unbedingten Gewerkschaft nicht noch durch Wiederholung konventioneller, im Grunde bereits aufgegebenen Forderungen in ihrem Programm wieder erheben zu lassen.“

Man sieht, irgendeinen Versuch, nachzuweisen, wie so die Bölle, insbesondere die Agrarzölle, für die Arbeiterklasse nützlich sind, wird nicht gemacht. Er hat daran kaum einen Zweifel — und damit basta! Man könnte es amüsant finden, wenn es nicht zugleich so traurig wäre, wie Herr Kloth seinen Freunden von der Generalkommission der Gewerkschaften nahelegt: Ihr seid ja keine Zollgegner, gebet Euch daher auch nicht als solche. Seid ehrlich und geht mit fliegenden Fahnen ins Lager der Zöllner!

### Das geschliche Nacht-Arbeitsverbot in Bäckereien.

In den letzten Tagen hat sich die gesamte deutsche Presse sehr eingehend mit dem Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien befaßt, dessen gesetzliche Grundlagen eht dem Bundesrat zur Beschlussfassung vorliegen. Allgemein wird von allen Zeitungen das Nachtarbeitsverbot im Interesse der Volksgesundheit, der Hygiene und der Volkswirtschaft als ein bedeutender sozialer Fortschritt begrüßt.

Bemängelt wird, daß die Nachtruhe allzusehr beschränkt sei, so daß von einem Nachtarbeitsverbot keine Rede mehr sein könne.

Wenn diese Kritik auch zum Teil richtig ist, so muß doch zugegeben werden, daß das kommende Gesetz dem Bäckerberuf wie der konsumierenden Bevölkerung bemerkenswerte Vorteile bringt.

Was den Wortlaut des Gesetzes betrifft, so sind über denselben verschiedene Irrtümer verbreitet. Es wurde in der Presse — irrtümlicherweise — berichtet, daß den Großbäckereien eine 18 stündige Höchstarbeitszeit gestattet sei, also nur 6 Stunden Betriebsruhe dort Zwang wäre, während die Kleinbäckereien eine Nachtruhe von mindestens 9 Stunden innehalten müßten.

Wie uns von wohlinformierter Seite mitgeteilt wird, geht tatsächlich die Absicht der Regierung dahin, im allgemeinen eine vollständige Nachtruhe (Betriebsruhe) von abends 9 bis morgens 8 Uhr vorzuschreiben. Diese allgemeine 9-stündige Betriebsruhe darf jedoch für Anlagen, in denen die tägliche Arbeitszeit 8 Stunden ausschließlich der Pausen nicht überschritten wird, auf die Zeit von abends 10 Uhr bis morgens 6 Uhr also auf 8 Stunden verkürzt werden.

Gegenüber den früheren Mitteilungen muß dies als eine Verbesserung gebucht werden. Allerdings muß man den genauen Wortlaut des Gesetzes abwarten. Die Pausen, die im Bäckerberufe üblich sind, werden nur dem Gange des Betriebes angepaßt, sind also keine Ruhepausen, bei denen der Betrieb ruht, sondern zwingen den Arbeiter, fortgesetzt, auch bei Essenspausen, den Betriebsgang „im Kopf“ zu haben. Man weiß auch nicht, welche Dauer diese „ausschließlichen“ Pausen haben sollen, so daß der Betrieb lang auseinandergezogen werden könnte. Im Großbetrieb aber muß aus vorstehenden Gründen gefordert werden, daß die Pausen in die 8-stündige Arbeitszeit eingeschlossen werden. Die achtstündige Arbeitszeit einschließlich einer



Pause von 20 Minuten bis zu einer halben Stunde war schon lange vor dem Kriege in sehr vielen Großbäckereien, namentlich in Konsumbäckereien, tariflich eingeführt. Gewisse Kriegsumstände, oft Mangel an Arbeitskräften, manchmal aber auch allzu große Engherzigkeit der Unternehmern haben diesen Achtstundentag abgeschafft. Tauerer dieser Zustand über die Kriegszeit hinaus, so kann es kommen, daß die Kriegsteilnehmer am Schluß des Krieges zu schlechteren Arbeitsbedingungen wieder eingestellt würden, als sie dieselben vor ihrer Einziehung hatten. Bei der zu erwartenden Ueberfüllung des Arbeitsmarktes nach Friedensschluß muß die Arbeitszeit möglichst kurz sein, damit alle Arbeiter Brot haben.

Es muß daher verlangt werden, daß innerhalb der 15- bzw. 16stündigen Betriebszeit im Gesetz eine den bestehenden Verhältnissen angemessene Durchschnittsarbeitszeit (die auch bei Kleinbetrieben 10 Stunden nicht übersteigen darf) vorgegeben ist.

### Aus der Bewegung.

Das Ermittlungsverfahren gegen den Genossen Adolf Hoffmann wegen versuchten Landesverrats ist eingestellt. Auf eine vom Genossen Haase an den Oberreichsanwalt gerichteten Anfrage nach dem Stand des Verfahrens hat der Oberreichsanwalt geantwortet, daß das Verfahren am 28. Oktober v. J. eingestellt worden sei.

Ist das „unabhängig“? Uns wird geschrieben: Der „Vorwärts“ läßt sich von seinem badischen Hofrat, der sich so sehr in der Rolle des Moralpredigers für die anderen Leute gefällt, wegen meines Erlebnis auf der Eisenbahn wieder eine Albernheit aufbinden. Er meint, es sei eine „komische Figur eines Volksvertreters, der auf die unbegründete Anordnung des Schaffners hin den von ihm durchaus rechtmäßig eingenommenen Platz wie ein Nummer Kamelet preisgibt, um sich nachher im Landtag müßig zu beschweren...“

Und nun läßt der edle Mensch seine Galle gegen den ihm so verhassten „Berichterstatler der „Leipziger Volkszeitung“ und „radikalen Sozialdemokraten“ los, wie man's an dem mutigen Herrn, der aus dem Berstedt heraus die Ehre der ihm verhassten Leute beschützt, nicht anders gewohnt ist. Wessen Begriffe von Anstand sich mit denen des „Vorwärts“-Besprechers aus Baden nicht decken, wird folgendes für anständig erklären. Als der Schaffner auf meinen Widerspruch mir das Dienstprogramm vorzeigte, das ihm die Reservierung dieses Abteils befahl, und mir vorstellte, welche Folgen meine Venitenz für seine Person durch disziplinarische Behandlung haben würde, waren wir alle vier darüber einig, daß wir die vom Schaffner für uns im benachbarten Abteil freigemachten Plätze einnehmen sollten, um einen an der Sache ganz ungeschuldigen armen Mann keinen Nachteil zuzufügen. Das halte ich für „unabhängig“. Der Morallehrer des „Vorwärts“ würde seinen Heldenmut an dem Schaffner ausgelassen haben. Was er und sein „Vorwärts“ für mutige Kerle sind, lehrt folgende Tatsache: Bei dem letzten Deharrittel, welchen der badische Moralprediger gegen meine Person losgelassen hat, ist die edle Verleumderei gar und bieder eingeleitet. Es wurde unlegbar bewiesen, daß nicht ich, sondern der Abgeordnete Wilhelm Kolb in Karlsruhe, die Person war, deren Verhalten in dem Senatorenkonvent des Landtags zu der böswilligen Kritik veranlaßte, die der Freund Kolbs fälschlich an mir im „Vorwärts“ übte. In der „Leipziger Volkszeitung“ ist dies wahrheitsgemäß nachgewiesen. Der „Vorwärts“ verweigerte die Aufnahme der Richtigstellung. Das ist die Moral meiner Stättenrichter! Adolf Ged.

**Aus der Organisation.** Für den Bezirk Magdeburg ist eine Bezirksleitung begründet worden, die zunächst die Kreise Jerichow I und II, Magdeburg, Wanzleben, Kalba-Niederleben und Halberstadt umfaßt. Sie tritt am 1. April in Wirksamkeit. Vorsitzender ist Alb. Vater, Magdeburg, Gr. Storchstr. 7, Kassiererin Elise Reimann, Magdeburg, Mittelstr. 50, D. L. IV, Schriftführer Oskar Schwirten, Magdeburg, Neue Straße 8.

**Zwangsanstalt.** Der Genosse Parteisekretär Aug. Karsten, bisher in Schweinfurt, hat Zwangsanstalt in Stadt Brückenau (Unterfranken) nehmen müssen. Seine dortige Adresse ist vorläufig: Gasthof zum Schwan.

**Ueber die Fortschritte in Baden** wird uns in Ergänzung unserer neulichsten Notiz mitgeteilt, daß die von uns mitgeteilten Ziffern sich nicht auf unsere Mitglieder, sondern auf die Zunahme unserer neuen Leser unserer Parteipresse beziehen. Langsam, aber sicher, wird die Breche gelegt.

**Wilhelm Stolte** gestorben! Nach kurzer Krankheit ist am Montag, den 11. d. M., unser Genosse Reichstagsabgeordneter Wilhelm Stolte gestorben. Vor wenigen Monaten erst konnte er das Jubelfest seines 75. Geburtstags feiern. Damals durfte man hoffen, daß seine rege, eifrige und begeisterte Tätigkeit für die Partei und die liebevolle Sorge für seine Angehörigen ihm noch lange Lebensjahre sein würden. Jetzt ist er rasch, ein tapferer, im Herzen junger Greis, in den Tod gegangen. Seit 37 Jahren, mit Ausnahme der kurzen Spanne Zeit von 1887-1890, vertrat er im Reichstag den 18. sächsischen Wahlkreis Zwickau-Crimmitschau. Als die unabhängige Partei sich nach der von den Regierungsozialisten gewaltsam herbeigeführten Spaltung bildete, war er für Stolte eine Selbstverständlichkeit, sich auch seinerseits der neuen Partei und der Vertretung der altbewährten Grundfrage anzuschließen. So ist er in Ehren gestorben. Sein Andenken wird im Massenbewußten Proletariat unauslöschlich sein.

### Groß-Berliner Chronik.

Die räuberischen Ueberfälle und Einbrüche in Groß-Berlin häufen sich. Es vergeht keine Nacht, in der nicht mehrere Väden vollkommen aus-

geräumt werden. Auch die Wohnungsbeibrüche sind eine alltägliche Erscheinung. Davon werden gerade die Kreise, die am Tage ihrer Arbeit nachgehen müssen und die Wohnung unbeaufsichtigt lassen müssen, am allerhäufigsten betroffen. Auf Kleidung und Wäsche ist es vornehmlich abgesehen. Viele Personen, die aus den Zuchthäusern zur Entlassung kommen und früher vom Einbruch gelebt haben, haben jetzt freie Bahn. Eingezogen können diese Leute nicht werden, und so nehmen sie vielfach ihr altes Handwerk wieder auf, das ihnen heute leichter als früher gemacht ist. Dazu kommen die Schwierigkeiten in der Beschaffung von Kleidung und Wäsche, welche zuletzt dazu führt, die Begriffe von Mein und Dein zu verwechseln. Verschwinden diese Ursachen, werden sich auch die Diebstähle vermindern. Eine stärkere Bewachung der Geschäfte und Wohnungen wird da eine durchgreifende Besserung kaum bringen können. Mit den Hilfsdienstpflichtigen, die zu diesem Ueberwachungsdienst herangezogen werden sollten, ist es nichts. Das sagen selbst polizeiliche Organe. Es ist also kein Zweifel, daß diese Erscheinung auch eine Folge des Krieges ist. Je größer die Not, desto größer sind auch die Diebstähle. Das ist eine alte Erfahrungstatsache. Wirtschaftliche Ursachen liegen den Verbrechen zugrunde, und nur mit der Aenderung der wirtschaftlichen Verhältnisse werden auch die Verbrechen, insbesondere die Eigentumsvergehen, verschwinden.

Der Oberbefehlshaber in den Marken hat folgende Kundgebung erlassen:

„Die zunehmende Unsicherheit in Berlin und seinen Vororten hat mich veranlaßt, während der Nacht einen militärischen Patrouillengang einzurichten. Ich erwarte von der Bevölkerung, daß sie diese Patrouillen in ihrem schweren und verantwortungsvollen Dienst in jeder Weise unterstützen wird.“

Die evangelischen Frauen haben sich in der kirchlich-sozialen Frauengruppe zusammengetan. Dieser Tage erstattete Frau von Braunschweig eine Uebersicht über die Tätigkeit im abgelaufenen Vereinsjahre an der Hand der Berichte der verschiedenen Kommissionen, so für Gefangenenfürsorge, für Vormundschaft, für Heimarbeit, für Hausdienst, für Studentinnen, für Schulreform und für Literatur. Außerdem hat die Gruppe sich an der Arbeit befreundeter Kongregationen beteiligt. Neu eingerichtet wurden u. a. in den verschiedenen Teilen Berlins Unterhaltungsabende, die einen äußerst regen Besuch aufzuweisen hatten, namentlich in den Arbeitervierteln der Reichshauptstadt. Das Bild ist aber nicht vollständig, wenn man nicht außerdem der Tätigkeit der Mitglieder an den verschiedenen nationalen und sozialen Werken gedenkt. Ausgehend von der Geschichte vom Jünglingskrieg wies dann Herr Konfistorialrat Prof. D. Wähling nach, daß es die Pflicht eines jeden Christen ist, an den Kulturaufgaben mitzuarbeiten und dem Vaterlande in seiner Not zu helfen, und rief alle zur Mitarbeit an diesem Werke auf. Dann trug Frau Amtsgeschäftsrat Jacobid eine Reihe von Liedern von Schaubert, Martin und Brahms vor. Professor D. Dehmann schilderte dann, unterstützt durch Lichtbilder, eine Frühlingsfahrt durch das heilige Land. Um den nötigen Eindruck vom heiligen Lande zu erhalten, ist es nötig, so empfahl der Vortragende, die Reise nicht als gewöhnlicher Tourist zu machen, sondern sich gewissermaßen erst in den Orient nach Art der Wallfahrer einzugewöhnen, die dadurch erst die nötige seelische Stimmung erhalte. — Arbeiterfrauen haben andere Kopfschmerzen, als nach Jerusalem zu wallfahren und sich die dazu nötige seelische Stimmung zu verschaffen. Die Not der Zeit lehrt sie denken, und zwar ganz anders als die Frauen der kirchlich-sozialen Frauengruppe.

Die glücklichen M. d. R.'s und M. d. A.'s. Auf Grund von Verhandlungen mit der Stadt Berlin werden in Zukunft die in den Parlamenten, Reichstag und preussischer Landtag, eingerichteten Speisewirtschaften von der städtischen Versorgungsbüchse mit nicht rationierten Waren, besonders mit Gemüse und Fisch, sowie mit Nahrungsmitteln, Zucker und Roggenmehl, vorzugsweise beliefert. Die Belieferung mit Kartoffeln und Eiern ist so geregelt, daß Kartoffeln und Kartoffelgerichte an die Abgeordneten regelmäßig und Eier Speisen gelegentlich, ohne Anforderung von Marken ausgegeben werden können. Ferner wird den Abgeordneten an den Fleischtagen täglich einmal ein Fleischgericht im Anrechnungswert von drei Fleischmarken ohne Markenabgabe verabfolgt werden. Die markenfreie Abgabe von Fleisch ist auf die Abgeordneten beschränkt; andere, die Speisewirtschaften in den Parlamenten besuchende Personen, wie z. B. Regierungsvertreter, haben keinen Anteil an diesen Vergünstigungen. Die Beschränkung auf die Abgeordneten wird durch ein Auswahlverfahren gesichert, indem die Abgeordneten die Einnahme einer Maßzeit mit Fleischgericht auf einem Gutschein bestätigen. — Wenn man Abgeordneter ist, kann man auch markenfrei Fleisch bekommen. Das sollten die Herren mit aller Entschiedenheit ablehnen. Vom Durchhalten kann nur der reden, der auch mit guten Beispielen vorangeht.

Der Stadtvorordnetenversammlung sind Anträge zugegangen, nach denen der Magistrat ersucht werden soll, dafür Sorge zu tragen, daß der Transport militärischer Gefangener in einer Weise erfolgt, daß Leben und Gesundheit der Bürgerschaft nicht gefährdet wird. Diese Anträge lauten sich darauf, daß in letzter Zeit verhältnismäßig Desertere entwichen, und daß gemäß der militärischen Instruktion auf die Fliehenden geschossen wurde, wobei auch andere Personen zum Teil verletzten, in einem Falle ein Kind getötet worden ist. Die in Betracht kommenden militärischen Stellen haben die Verhandlungen nicht erst abgewartet, sondern es ist vom Kriegsministerium angeordnet worden, daß für den Transport von Militärgefangenen durch Soldaten usw. in den städtischen Straßen künstliche Fahrzeuge zur Verfügung gestellt werden, und die dazu kommandierten Begleitmannschaften nicht mehr mit der Schußwaffe, sondern nur noch mit blanker Waffe ausgerüstet werden.

Die Gemeindevorwahlen in Nowawes, die am letzten Sonntag stattfanden, haben

mit der Wahl der regierungsozialistischen Kandidaten geendet. In den einzelnen Bezirken stellte sich das Stimmverhältnis wie folgt: 1. Bezirk: Singer (Abh.) 100, Niemann (Unabh. Soz.) 70 Stimmen; 2. Bezirk: Böllner (Abh.) 102, Decker (Unabh. Soz.) 74 Stimmen; 3. Bezirk: Lenich (Abh.) 92, Kuch (Unabh. Soz.) 47 Stimmen; 4. Bezirk: Pawlowski (Abh.) 140, Aufschla (Unabh. Soz.) 54 Stimmen. Die Regierungsozialisten freuten sich ihres Sieges. Wie wir hören, haben in Nowawes eine Reihe Leute die Herren Lenich und Kuch gewählt, die als Eisenbahnbeamte u. a. früher nie für unsere Sache zu haben waren, die aber jetzt der hoffähigen Sozialdemokratie unbedenklich ihre Stimme geben können. Das wird an manchen Stellen sogar gern gesehen. Das ist aber für diese Sozialdemokratie kennzeichnend. Nun kann Herr Lenich im Nowaweser Gemeindeparlament sein Licht leuchten lassen.

Bezirk Reinickendorf-Ost. Gemeindevorwähler 3. und 2. Abteilung! Wählt am Sonntag, den 17. März, in der 2. Abteilung die unabhängigen Kandidaten Schlosser Paul Seckle, Gastwirt Friedrich Grenke und den Dreher Hermann Vater. Am Montag, den 18. März, in der 2. Abteilung den Dreher Franz Lachner und den Arbeiter Karl Geh.

### Partei- und Gewerkschaftsgeossen!

In Oetern beenden wieder Tausende junger Männer und Mädchen ihre Schulzeit. Viele davon treten als jugendliche Angestellte und Lehrlinge in kaufmännische Geschäfte ein. Da ist es Zeit, dafür zu sorgen, daß diese jungen Menschen nicht kaufmännischen Vereinen zum Opfer fallen, deren Anhänger die organisierte Arbeiterschaft ständig bekämpft und beschimpft.

Deute kann man sehr oft noch beobachten, daß Söhne und Töchter von Arbeitern, die als Verkäuferinnen, Stenotypistinnen, die im Laden oder Büro Beschäftigung suchen, sich aus Unerfahrenheit von jenen arbeiterfeindlichen Vereinen ins Schlepptau nehmen lassen. Gelbe und blaue Vereine bühnen um ihre Mitgliedschaft. Die Arbeiter sollten daher die Gelegenheit nicht veräumen, ihre Kinder und Geschwister aufzuklären, daß sie sich, soweit sie als männliche oder weibliche Handlungsgehilfen und Bureaukräfte oder im Versicherungsgewerbe Beschäftigung haben, nur der Jugendabteilung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, der freigewerkschaftlichen Organisation, anschließen. Dieser Verband allein kämpft für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage seiner Vereinsangehörigen Schulter an Schulter mit den Arbeitern anderer Berufe. Der Mitgliedsbeitrag beträgt monatlich 60 Pf. und werden dafür besondere Veranstaltungen im Sinne des Arbeiterprogramms für Jugendliche gegeben. Im Verbandsbureau erhalten Eltern und Vormünder sachkundigen Rat.

Zentralverband der Handlungsgehilfen,  
Ortsgruppe Groß-Berlin,  
Münzstr. 30. Tel. Rgt. 1622. (10-3).

### Aus der Zeit.

Die hat es verstanden. In Breslau wurde kürzlich ein Betrugsprozeß verhandelt, der an die Sensationsprozeße der Frau Humbert, Ephecker und Kupfer erinnerte. Die Frau eines Magistratsassistenten Gohla kam auf den Gedanken, Geldgeschäfte zu machen, ohne eigenes Geld zu haben. Durch hohe Zinsen bekam sie auch Geld. Ausgeliehen hat sie kein. Sie beschränkte sich darauf, Zinsen zu zahlen und neues Geld zu erhalten. Sie zahlte in einzelnen Fällen 100 und mehr Prozent Zinsen. Unter solchen Umständen wuchs ihre Schuldenlast in die Millionen. Und weil die Magistratsbureauassistentenfrau sehr nobel auftrat und mit hohen Verbindungen renommierete, floß der Geldstrom weiter. Mit dem Gelde führte sie ein wahres Schlemmerleben. Die Hauptsache war, daß sie nobel auftrat. Für Toiletten gab sie Riesensummen aus. Allein im Jahre 1917 hat sie für ihre Bekleidung 36 000 Mark ausgegeben. Damit aber täuschte sie die vornehme Frau vor, obwohl ihr Mann nur 3000 Mark jährliches Einkommen hatte und 4 Treppen hoch wohnte. Frau Gohla nahm das Leben von der besten Seite. Sie trug teure Pelze und Schmucksachen, machte kostspielige Badereisen und hielt große Gelage mit Schauspielerinnen ab. Den Liebhaber der Breslauer Damenwelt, den Operntenor Grünwald, hatte auch sie ins Herz geschlossen. Sie überhäufte ihn mit Geld und anderen Aufmerksamkeiten. Eine Jungin sagte aus, daß Frau Gohla ihrem Liebhaber die Taschen voll Hundertmarkscheine gesteckt habe, und daß sie für den Hund dieses Tenors bei jedem Besuch ein Huhn in Butter habe braten lassen. Sie konnte nicht einen Menschen nehmen, dem sie Darlehen gegeben hat. Bezeichnend ist, daß die Geldgeber immer noch hoffen, ihr Geld wieder zu bekommen. Nach ihrer Verhaftung hat sie dem Polizeiwachtmeister gegenüber erklärt, sie sei ja schuldig, denn sie habe 4 bis 5 Millionen verjurt. Das Verhör verurteilte die Schwindlerin wegen Betruges zu sechs Jahren Gefängnis. Ist Chemann, der nichts gewußt haben will, erhielt ein Jahr Gefängnis.

**Eine lohnende Beschäftigung.** Der König Friedrich August von Sachsen hat kürzlich die Krönungsfleischerei in Döbeln bestaht. Die „Allgemeine Fleischzeitung“ berichtet darüber:

„In einer Ausstellung der hauptsächlich in Frage kommenden eigenen Erzeugnisse des Bezirkesverbandes lokete der König mehrere der ausgezeichneten Lebensmittel. Mit lebhaftem Interesse beschrieb die Königin die Abteilung „Fleischkonserven und Fleischgerichte“, hergestellt von Fleischmeister Sonntag in Kleinbauchitz und anderen Fleischmeistern im Bezirkesverband Döbeln, und erkundigte sich eingehend nach der Herstellungsweise dieser Nahrungsmittel. In dieser Abteilung der Fleischmeister waren auch graphische Darstellungen über Viehhaltung und Schlachtviehverbrauch im Bezirke sowie über die Tagesportio-



nen aller Klassenstellungen des Bezirks zur Ansicht gebracht. Gaben des Bezirksverbandes Döbeln, bestehend aus Nahrungsmitteln, insbesondere Fleischwaren für die Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses, nahm der König mit Ausdrück großer Freude entgegen und sprach allen Beteiligten seinen Dank aus.

Was noch alles zu haben ist. Unsere Versorgung ist vortrefflich geregelt. Sille und zahlungsfähige Abnehmer bekommen zu hohen Preisen noch Waren, die im freien Handel nicht mehr zu haben sind, oder die nur noch in rationierten Mengen abgegeben werden. Man lese folgendes Lebensmittelangebot, das eine Firma erhielt:

Industrie-Verkehrszentrale Berlin-Wilmersdorf, Kurfürstendamm 137, Arnst; Umland 3904.

Folgende Lebensmittelangebote sind uns beispielsweise zugegangen, die wir den unserer Zentrale angeschlossenen Firmen durch Spezialberichte unterbreitet haben:

Gefalgene Heringe.  
Dörrsch, Pfd. 3-4 Mark.  
Viktoria-Erbsen, Zentner 180 Mark.  
Kotwurst, Dose 5,50 Mark.  
Hiegsfleisch, Pfund 3,50 Mark.  
Gartener Käse, Sauerkraut, Salzillgurken.  
Schnittbohnen, Kriegsheringssalat,  
Weiße Rohrrüben, Zwerpkäse, Bienenhonig.  
Wildgänse, Poln. Käse, Steppenkäse, Puddingpulver, Weiskäse.  
Thür. Kochkäse, 100 Stück 31 Mark.  
Heringe in Bräse, Dose 2,15 Mark.  
Kräuterheringe, Pfund 1,40 Mark.  
Speisekartoffeln, Zentner 13 Mark.  
Krautgrübe mit Fleischbeilage, Dose 1,50 Mark.

Zur Erklärung wird dem vom 23. Februar d. Herten Angebote hinzugefügt, daß es sich teilweise um Auslandsware, andernteils um überschüssigen Militärbedarf eines Armeekorps handelt.

Diese Ankündigung wird lebhaftes Befremden auslösen. Daß heute viel hintenherum verschoben wird, ist bekannt, weniger, daß hier so offen mit Waren gehandelt wird, die der Bevölkerung zu den festgesetzten Preisen zugeführt werden müßten. Es müßte die sofortige Beschlagnahme verfügt werden.

Bergwerkungsläden häufen sich. Auf der Zeche Friedrich der Große bei Herne entstand eine Schlagwetterexplosion. 23 Bergleute wurden getötet. In einer Zeit, wo Menschenleben nicht viel gilt, werden solche Katastrophen kaum noch beachtet.

## Abonnements - Einladung.

Unser Blatt kann durch jede Postanstalt bezogen werden. Es kostet pro Vierteljahr einschließlich Bestellgeld 1,42 M. Am 1. April beginnt ein neues Abonnement. Die bisherigen sowohl wie neu hinzutretende Postabonnenten tun gut, möglichst sofort bei der zuständigen Postanstalt den Weiter- bzw. Neubezug des Mitteilungsblattes zu bewirken.

Redaktion und Verlag des Mitteilungsblattes  
Berlin D. 27, Schilderstraße 5.

## Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 17. März, wird Genossin Käthe Dunkel im Vortragszyklus über Erziehungsfragen das Thema: Sexuelle Erziehung behandeln. Anfang 8 Uhr, Eintrittspreis 20 Pf.

Dienstag, den 19. März, spricht Genosse Eduard Bernstein im Kursus über Völkerrecht über das Thema: Die Weiterbildung des Völkerrechts im Sinne der Demokratie. Das Problem der völkerrechtlichen Exekution.

Donnerstag, den 21. März, nimmt der Kursus des Genossen Ernst Däumig über Rußland seinen Fortgang.

Der Kunstabend des Bezirksbildungsausschusses, der am Donnerstag, den 28. März (Gründonnerstag) im großen Saale des Lehrervereinshauses stattfindet, wird Kammermusik, Gesang und Rezitationen bringen. Karten hierzu sind zum Preise von 75 Pfennig im Verbandsbüro, Schilderstraße 6, im Büro des 4. und 6. Wahlkreises sowie des Ortsvereins Neukölln und in der Bibliothek der Arbeiterbildungsschule zu haben. Der Reinertrag des Abends ist für die Arbeiterbildungsschule bestimmt.

## Gemeinderatswahl Adlershof.

Heute, Sonntag, den 17. März, nachmittags von 1 bis 4 Uhr, findet bei Lehmgräbner, Bismarckstraße 2, die Ergänzungswahl zur Gemeindevertretung statt. Kandidat ist Möbelpolierer Robert Liegner.

Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, sich an der Wahl zu beteiligen.

Der Vorstand.

## Aus den Organisationen.

**Steglitz.** Montag, den 18. März, finden die Gemeindevertreter-Wahlen statt. Im II. Bezirk muß in der dritten Klasse ein Mieter gewählt werden. Die Partei stellt in diesem Bezirk den Genossen Mechaniker Fritz Hellmann als Kandidaten auf. Im I. Bezirk steht der abhängige „Sozialdemokrat“ Ahmann zur Wiederwahl, für den auch der Grund- und Hausbesitzerverein eintritt. Da die Unabhängige Sozialdemokratie keinen Hausbesitzer als Kandidaten aufstellen kann, haben sich die Arbeiter und Genossen in diesem Bezirk der Wahl enthalten. Dafür ist mit aller Energie für die Wahl des Genossen Hellmann im zweiten Bezirk einzutreten. Da Steglitz in bezug auf Lebensmittelversorgung, Kriegsfürsorge usw. unter den Berliner Vororten an letzter Stelle marschiert, haben die Genossen dafür zu sorgen, daß ein energischer Vertreter der werktätigen Einwohnerschaft in das Ortsparlament, in dem Vaterlandsparteiler und patriotische Spießbürger den Ton angeben, einzieht. Dazu ist aber die Beteiligung aller Genossen an der Wahlarbeit notwendig.

## Vereins-Veranstaltungen.

### Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 17. März, vorm. 10<sup>1/2</sup> Uhr, im großen Festsaal des Berliner Stadthauses, Jugendweihe. Festvortrag von Herrn Ernst Däumig. Eintritt 80 Pf. Kinder 15 Pf. — Nächste Jugendvorlesung am 7. April.

## Quittung.

Für die Familien der Inhaftierten und Verurteilten gingen bei dem Unterzeichneten folgende freiwillige Beiträge ein: Personal der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung 1. Rate 20 Mk., 2. Rate 143,05 Mk., 3. Rate 206,25 Mk., 4. Rate 134,50 Mk. Auf Listen: Stahlwerke Beder 213,65 Mk.; Isolatorenwerke 33,15 Mk.; von Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Fischer, Königstraße 45 Mk.; A. E. G. Turbine 1000 Mk.; A. E. G. Geschloßfabrik Sidingenstraße 151,65 Mk.; Metallfabrik Böhner, Bellealliancestraße 74,30 Mk.; Flugplatz Warnemünde 15 Mk. 5. Kreis, Listen 1421 (17), 1512 (13), 1518 (16,75), Summe 46,75 Mk. 1. Abtlg. 24,50 Mk. Schneiderei-Genossenschaft Hoffnung, Brunnenstraße 35,30 Mk., Baumgart, Rathenow 53 Mk.; Technische Werkstätten, Markushstraße 72 Mk.; A. E. G. Geschloßfabrik 160,30 Mk. Die Arbeiterschaft der Firma C. P. Goerz auf Listen Nr. 4423: 12 Mk., 4411: 55 Mk., 4412: 27 Mk., 4413: 40 Mk., 4414: 18 Mk., 4418: 24 Mk., 4419: 16 Mk., 4421: 76 Mk., 4422: 19,50 Mk., in Summe: 287,50 Mk.

Ferner auf Listen Nr. 4269: 46 Mk., 4270: 21 Mk., 4271: 45,50 Mk., 4281: 13 Mk., 4291: 26 Mk., 4296: 38,50 Mk., 4307: 35 Mk., 4445: 11,20 Mk., 4451: 83 Mk., 4455: 36,50 Mk., 4456: 60 Mk., 4463: 35 Mk., 4468: 216,50 Mk., 4469: 158 Mk., 4470: 30 Mk., 4471: 28,50 Mk., 4473: 56 Mk., 4490: 34,50 Mk., 4491: 36,50 Mk., 4492: 3 Mk., 4499: 32,25 Mk., 4503: 34 Mk., 4508: 31,50 Mk., 4509: 16 Mk., 4510: 45,20 Mk., 4511: 33,50 Mk., 4512: 11,50 Mk., 4513: 36,50 Mk., 4517: 30 Mk., 4518: 27 Mk., 4519: 73,50 Mk., 4522: 94 Mk., 4524: 26 Mk., 4525: 26,50 Mk., 4529: 46,50 Mk., 4530: 35,50 Mk., 4531: 13,05 Mk.

4. Kreis. Deutsche Telefonwerke, Abt. Schäfer, Saal 99: 28 Mk., Kollegen und Kolleginnen der Telegraphenwerke F. Schuchard, Abt. Penbrand 30,75 Mk., Arbeiter und Arbeiterinnen der Germania, Spiralfederwerke, Köpenickerstr., 31 Mk., Kollegen der Betriebswerkstätte des Schneiderverbandes, Sebastianstr., 46,45 Mk.

Deutsche Waffenfabrik, Ruggellager, von Neuhoff auf Listen: 3713 57,—, 3714 23,80, 3715 38,—, 3719 39,50, 3720 33,50, 3722 51,50, 3723 39,50, 3724 64,75, 3725 61,— Mk., insgesamt 405,55 Mk. — Durch R. Viehstädt 3,10 Mk.

6. Kreis. Für die Familien der Inhaftierten und Verurteilten insgesamt 3145 Mk.

Darunter auf Liste N. 2196. Gesammelt von den Kollegen und Kolleginnen der Firma Geb. Israel, Abt. A. S. Briberstr., 197,55 Mk. Auf Liste 1861. Von den Arbeitern der Firma Rindler und Friedrichsen 22 Mk. Von den Kollegen und Kolleginnen der Elektrotechnischen Spezialkonstruktion G. S. Berlin-Steglitz 214,20 Mk. Von Frau Müller 5 Mk. Aus Hildern von Heinrich Stein 2 Mk. Von den Arbeitern und Arbeiterinnen der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik auf 27 Listen, durch Ziegler, 1227,20 Mk.

3. Rate: Argus Motoren, Dreherei 62 Mk., Abt. Gohlke 50 Mk., Reparatur u. R. 37,50 Mk., Haase, Reinickendorf 15 Mk. Schwarzkopf Puffschiffbau Zepplin 106,50 Mk. Zentralwerkstatt der Schuhmacher Liste 1462 24 Mk., Liste 1461 31 Mk. M. R. und 8 Kollegen 27 Mk. Puge u. Vogt, Buchdr. 12,50 Mk. Die Arbeiter der Firma Dentschle u. Buchholz auf Liste 3293 53 Mk. 2. Rate Titania-Werke, Werkzeugbau auf Liste 3292 75,50 Mk.

Richard Herbig, Schilderstraße 5.

Für die Partei. Troßalldem 3,10 Mk., 5. Kreis 1. Abt. ein Genosse 1 Mk.

Für den Pressefonds. 5. Kreis auf Listen 3107 (4,50 Mk.), 3109 (15 Mk.), 3158 (2 Mk.), zus. 21,50 Mk. 1. Abt.: Von einem Genossen 5 Mk.; von Genossen Id 10 Mk.; aus der Scherfasse 10 Mk. 6. Abt.: Von einem Genossen 5 Mk.; Genosse A. 1 Mk. Summa 52,50 Mk.

Für die Wahl in Niederbarnim: E. St. durch Vogel 5 Mk.

6. Wahlkreis. Für das Mitteilungsblatt der 13 Abt. der Nummern 41, 44 zum Pressefonds 18,18 Mk., von einem Genossen 5 Mk., von Hermann Bloch zur Wahl-agitation in Niederbarnim 2 Mk., für die U. E. P. von P. Worm durch Rehmisch 5 Mk., zusammen 30,18 Mk. Für das Jugendheim von Meier durch Hinge 20 Mk.

Zur Unterstützung der Familien der Inhaftierten und für Rechtsbeistand gingen bei der Unterzeichneten folgende freiwillige Beiträge ein: Unbekannt 100 Mk., 3 Geschwister 10 Mk., Genossen des Konsumvereins 71,15 Mk., durch Lu. 12 Mk., Sch. 3 Mk., auf Listen durch F. 248,39 Mk., durch Sammlung in Versammlung 77,51 Mk., ferner für Rechtsbeistand von P. S. München 100 Mk. Summa 622,05 Mk.

Viktoria Gärtner, München, Martinstr. 10, III.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband Ortsverwaltung Berlin.

Sonntag, den 24. März 1918, vormittags 10 Uhr:

## Branchen-Versammlung

der Maschinenarbeiter und Arbeiterinnen  
in den Germania-Prachtsälen, Chausseest. 110.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht der Branchenleitung.
2. Diskussion.
3. Neuwahl der gesamten Branchenleitung.
4. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung sind alle Hobler, Bohrer, Stoßer, Fräser, Stanzer, Schnitarbeiter, alle Arbeiterinnen vorliegender Berufsgruppen, sowie die Einrichter in Maschinenarbeiterabteilungen geladen.

In der wichtigsten Versammlung im Jahre wird vollständiges Erscheinen erwartet.

Die Branchenleitung.

## Maschinen-, Motoren-, Auto- und Flugzeug-schlosser.

Sonntag, den 24. März, vormittags 9<sup>1/2</sup> Uhr,  
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15:

## Branchen-Versammlung.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Pflicht eines jeden Kollegen ist es, pünktlich anwesend zu sein.

Die Branchenkommission.

## Männer- und Frauen-Chor „D st“.

## Oster-Konzert

am Montag, den 1. April (2. Osterfeiertag)

unter Mitwirkung namhafter Künstler.

Eintrittspreis inkl. Garderobe und Piedertegte 1 Mk.

Billetts sind zu haben im Wahlvereinsbüro, Schilderstraße 6, Paul Schneider, Hufeisendrte. 30, Max Ruffert, Marienburger Str. 7, Frau Beyer, Friedrichs-Adler Str. 12, Carl Gertis, Niederbarnim-Str. 8, Kasimir Kolasewitsch, Gr. Frankfurter Str. 15.

## Bezirkswahlverein Lichtenberg.

Unseren Mitgliedern die traurige Mitteilung, daß unsere Genossin

## Rosa Schaum

geboren 20. 9. 75 zu Berlin

wohnhaft Neue Bahnhofstr. 24, freiwillig ihrem Proletarierleben ein Ende gesetzt hat. Wir verlieren in ihr eine sehr eifrige und tätige Genossin, die sich vor keiner Parteiarbeit scheute und unermüdet im Dienste der Partei tätig war. Unsere Genossin Schaum litt schon länger an einem ersten Lungenleiden, das sich noch zu verschlimmern drohte. Wir verlieren in ihr eine unserer tätigen Genossinnen; mögen die anderen versuchen, die Lücke auszufüllen. Wir werden unserer Genossin ein ehrendes Andenken bewahren!

3. Viertel, 9. Abteilung, 42. Gruppe.  
Die Bezirksleitung.

## Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

### 4. Wahlkreis.

Ende Februar fiel unser früherer Bezirksführer, der Metallarbeiter

## Emil Müller

Reichenberger Str. 125, Bezirk 202 I.

Ehre seinem Andenken!

## Nachruf.

### 6. Wahlkreis.

Am 11. März starb unser früherer Bezirksführer, der Sattler

## Hermann Baudach

Melanchtonstr. 6, 18. Abt., 672. Bezirk.

Ehre seinem Andenken!